

Der Pyrrhussieg der Demokraten: was die Machtverschiebung im Kongress für die USA, Deutschland und Europa bedeutet

Braml, Josef; Puglierin, Jana; Riecke, Henning; Rietig, Victoria; Schmucker, Claudia; Schwarzer, Daniela

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Braml, J., Puglierin, J., Riecke, H., Rietig, V., Schmucker, C., & Schwarzer, D. (2018). *Der Pyrrhussieg der Demokraten: was die Machtverschiebung im Kongress für die USA, Deutschland und Europa bedeutet*. (DGAP kompakt, 28). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60249-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Der Pyrrhussieg der Demokraten **Was die Machtverschiebung im Kongress für die USA, Deutschland und Europa bedeutet**

Josef Braml, Jana Puglierin, Henning Riecke, Victoria Rietig, Claudia Schmucker und Daniela Schwarzer

Selten zuvor wurden US-amerikanische Zwischenwahlen in ganz Europa mit so hoher Aufmerksamkeit verfolgt. Zwei Jahre „America First“ unter der Präsidentschaft von Donald Trump haben das transatlantische Verhältnis und die internationale Ordnung insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Handel und Klimaschutz in Frage gestellt. Der Wahlausgang – mit einer Übernahme des Abgeordnetenhauses und einer Reihe von Gouverneurssitzen durch die Demokraten, aber einer gestärkten Mehrheit der Republikaner im Senat – deutet jedoch nicht einen Kurswechsel im Weißen Haus an. Im Gegenteil: Innenpolitisch könnte sich der Erfolg der Demokraten als Pyrrhussieg erweisen und Trump für eine mögliche Wiederwahl 2020 sogar nützen. Zudem erweist sich Trumps politischer Stil als erfolgreich, auch wenn er der Kommunikation schadet. Deutschland und Europa müssen sich aufgrund der Stärkung Trumps im Senat womöglich auf noch stärkeren Gegenwind einstellen: Eine stärkere strategische Handlungsfähigkeit Europas wird mit einer differenzierten transatlantischen Politik, einer vorsichtigen Kommunikation und einer klaren Haltung gegenüber Drittstaaten wie China einhergehen müssen. In der US-Handelspolitik ist – auf Basis von Regelungen zur nationalen Sicherheit – mit mehr Zöllen zu rechnen. Auch in der Migrationspolitik wird der Machtwechsel im Abgeordnetenhaus kaum Entspannung bringen.

Inhalt

Der Pyrrhussieg der Demokraten:

Was die Machtverschiebung im Kongress für die USA, Deutschland und Europa bedeutet

- 3 Die USA nach den Midterms:
„America First“ wird weitergehen – jetzt mit den Demokraten**
Josef Braml
- 5 Außenpolitisch differenziert, strategisch eigenständig, klar gegenüber Drittstaaten: Wie Deutschland und Europa nach den US-Zwischenwahlen agieren sollten**
Daniela Schwarzer und Jana Puglierin
- 7 Die US-Handelspolitik nach den Midterms:
Trump wird weiter Strafzölle erlassen – unterstützt von den Demokraten**
Claudia Schmucker
- 8 Trotz Machtwechsel im Abgeordnetenhaus:
Zwischenwahlen bringen keine Zeitenwende in der US-Migrationspolitik**
Victoria Rietig
- 9 Medienschelte, Diffamierung und verdrehte Wirklichkeit:
Trumps Politikstil ist erfolgreich, untergräbt aber die Demokratie**
Henning Riecke

Die USA nach den Midterms: „America First“ wird weitergehen – jetzt mit den Demokraten

Josef Braml

Das wirtschaftsnationalistische und protektionistische Vorgehen von US-Präsident Donald Trump, das insbesondere die exportabhängige deutsche Wirtschaft bedroht, könnte künftig sogar noch gestärkt werden.

Die neue Machtkonstellation – eine gestärkte republikanische Mehrheit im Senat und eine neue demokratische Mehrheit im Abgeordnetenhaus – macht es nun leichter für Trump, seine milliardenschweren Infrastrukturpläne umzusetzen. Ein „New Deal“ mit den Demokraten könnte Trump bei den Präsidentschaftswahlen in zwei Jahren sogar helfen, noch weiter in ihre Wählerschaft aus Arbeitern einzudringen.

Das entscheidende Bollwerk: Republikanische Senatsmehrheit

Vor allem haben Trump und die Republikaner ihre Mehrheit im Senat, der für sie wichtigeren zweiten Kongress-Kammer, nicht nur verteidigen, sondern verstärken können. Damit können sie Trump schützen: Falls die Sonderermittlungen Robert Muellers über eine mögliche Russland-Verstrickung von Trumps Wahlkampagne 2016 den Präsidenten persönlich belasten sollten, könnte die demokratische Mehrheit im Abgeordnetenhaus zwar ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn einläuten. Doch dessen Durchsetzung erfordert eine Zwei-Drittel-Mehrheit im nun noch stärker republikanisch dominierten Senat. Wie schon 1999 im Verfahren gegen Bill Clinton, braucht auch Präsident Trump eine Amtsenthebung nicht mehr zu fürchten.

Die Verhinderung eines Amtsenthebungsverfahrens war aber nicht der einzige Grund, warum Trump und die Republikaner ihre Wahlkampfenergien auf die Verteidigung der Senatsmehrheit konzentriert haben. Trump braucht sie auch für den von ihm verfolgten radikalen Staatsabbau, den er auch personalpolitisch forciert. Der Senat kann weiterhin Personalentscheidungen durchwinken, mit denen Trump Mitstreiter an Entscheidungspositionen in Ministerien und Behörden platziert, die wie er regierungsfeindlich gesinnt sind.

Dies gilt auch für seine Richternominierungen: Trump kann in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit dank der republikanischen Senatsmehrheit weiter ungehindert Richter auf Lebenszeit einsetzen. Damit wird er auch über die Judikative Amerika weit über seine vier- oder achtjährige Amtszeit hinaus radikal verändern. Vor allem im entscheidenden Obersten Gericht werden – nach den bereits von

Trump ernannten Richtern Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh – weitere regulierungsfeindliche Richter folgen, um die konservative Mehrheit im neun-köpfigen Gremium über Jahrzehnte zu festigen. Trumps Deregulierungskurs wird von finanzkräftigen Interessengruppen massiv unterstützt und könnte seine Wiederwahl mit ermöglichen.

Die Demokraten: Der geliebte Feind

In Deutschland und Europa mag der Teil-Erfolg der Demokraten bei den Kongresswahlen politische Entscheidungsträger dazu verleiten, auf die nun wieder erstarkten „checks and balances“ der USA zu vertrauen und womöglich weniger dringenden Handlungsbedarf im transatlantischen Verhältnis zu sehen. Doch dieser Schluss trügt: Denn die Demokraten können mit ihrer Mehrheit im Abgeordnetenhaus nun zwar einige Vorhaben Trumps bremsen, wie den Bau einer umfangreichen Grenzmauer zu Mexiko. Andererseits kann Trump auf ihre Unterstützung hoffen, um sein kostspieliges Infrastrukturprogramm zu finanzieren. Gerade dieses wird seine mögliche Wiederwahl in zwei Jahren befördern.

Mit der Unterstützung staatskritischer Republikaner im Kongress für sein kreditfinanziertes Infrastrukturprogramm kann Trump dagegen nicht rechnen. Die Republikaner haben zwar Trumps erstes großes wirtschaftspolitisches Ziel, die billionenschwere Steuerreform, durchgewunken. Anders als bei Steuererleichterungen problematisieren sie jedoch Budget-Defizite, wenn sie durch höhere Staatsausgaben verursacht sind.

Parteiübergreifend wirtschaftsnational: Trumps „New Deal“

Wenn es um Ausgaben geht, die den Wählern ihrer Wahlkreise und Einzelstaaten zugutekommen, sind gewerkschaftsnahe Demokraten, sogenannte „Old Liberals“, hingegen bereit, mit dem Präsidenten zu stimmen. Es ist durchaus möglich, dass Trump einen „New Deal“ mit dem selbsternannten Sozialisten und Arbeiterführer Bernie Sanders bewerkstelligt. So lautstark Sanders Trump auch ansonsten kritisiert: Die beiden Freihandelskritiker sind sich darin einig, dass es zu allererst darum geht, amerikanische Arbeiter wieder in Lohn und Brot zu bringen: „America First“ – koste es, was es wolle. Der wirtschaftsnationalistische und protektionistische Kurs Trumps hätte somit umso breitere Unterstützung.

Es sei daran erinnert, dass Trumps früherer Wahlkampfstrategie Stephen Bannon schon 2016, gleich nach dem Wahlsieg, einen neuen parteiübergreifenden Wirtschaftsnationalismus propagiert hatte. Angesichts der noch niedrigen Zinsen sei die Gelegenheit günstig, zum Wohle der „Arbeiterklasse“ das Land neu aufzubauen und neue Wählerkoalitionen zu schmieden. Bannon hatte für Trumps Präsidentschaft „wagemutiges, hartnäckiges Experimentieren“ und quasi einen neuen „New Deal“ prophezeit – ähnlich dem Reformprogramm, mit dem Präsident Roosevelt in den 30er Jahren auf die Depression reagierte. Dies, so Bannon zum Beginn der Präsidentschaft Trumps, würde etwas viel Größeres, als es die „Reagan-Revolution“ war: eine Verbindung von Konservativen und Populisten in einer „wirtschaftsnationalen Bewegung“.

Ein demokratischer Pyrrhus-Sieg

Der demokratische Gewinn des Abgeordnetenhauses könnte sich damit als Pyrrhus-Sieg erweisen, der Trumps Chancen auf seine Wiederwahl sogar vergrößert. Trump wird die gegnerische Partei nutzen, um notfalls auch die

eigenen Republikaner auszumanövrieren. Zugleich wird er – wie er in seiner ersten Pressekonferenz nach den Midterms in dieser Woche sogar explizit erklärte – Widerstände im nun demokratisch kontrollierten Abgeordnetenhaus instrumentalisieren, um die Demokraten für politische Misserfolge verantwortlich zu erklären.

Die „Checks and Balances“ im US-System werden damit seinen radikalen „America First“-Kurs absehbar nicht bremsen können. Europäische Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft können ebenso nicht mehr auf sie vertrauen und handlungslos bleiben. Europa wird sich im härter werdenden geopolitischen Wettbewerb besser aufstellen und endlich souveräner denken müssen. „Europe United“ ist das Gebot der Stunde, um auf „America First“ zu reagieren.

Dr. Josef Braml ist USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Autor des Buches „Trump's Amerika – Auf Kosten der Freiheit“.

Außenpolitisch differenziert, strategisch eigenständig, klar gegenüber Drittstaaten: Wie Deutschland und Europa nach den US-Zwischenwahlen agieren sollten

Daniela Schwarzer und Jana Puglierin

Aus europäischer Sicht birgt der Ausgang der Midterm-Wahlen zunächst einmal gute Nachrichten. Die Demokraten haben nicht nur die Mehrheit im Repräsentantenhaus gewonnen, sondern überdies die deutliche Mehrheit von Wählerstimmen auf sich vereinen können.

Zwar mobilisieren die Midterm-Wahlen andere Wählergruppen, als dies bei den Präsidentschaftswahlen 2020 vermutlich der Fall sein wird. Doch der Wahlkampf brachte ein überaus hohes Maß an Mobilisierung gegen einen Präsidenten, der aus Sicht vieler Europäer seit 2017 zum größten Unsicherheitsfaktor in der internationalen Politik avanciert ist. Die hohe Anzahl von Frauen, die erstmals einen Parlamentssitz gewannen, und die zunehmende Diversität der Abgeordneten zeichnen das Bild eines progressiven Amerikas, das in den vergangenen zwei Jahren in der europäischen Wahrnehmung in den Hintergrund getreten war.

Polarisierung und „America First“ setzen Europa weiter unter Druck

Trotzdem hat die „Methode Trump“ für einen Großteil der Bevölkerung funktioniert. Mit seiner Einmischung in den Wahlkampf hat US-Präsident Donald Trump gezeigt, dass sich mit Ausgrenzung, Hasskampagnen und Lügen Stimmen gewinnen lassen. Das wird sich auch auf die Europawahlen auswirken: Parteien werden davon lernen, und das Vorgehen des US-Präsidenten, durch Panikmache und Lügen Angst aufzubauen und diese zu instrumentalisieren, wird auch populistische Parteien in Europa im Wahlkampf weiter inspirieren.

Zudem hat Trump die republikanische Partei weitgehend auf seinen Kurs gebracht. Nur wenige republikanische Senatoren und Abgeordnete des Repräsentantenhauses werden sich für den Erhalt und die Fortentwicklung der multilateralen Weltordnung aussprechen oder sich unverbrüchlich zur NATO bekennen. Deutschland und die EU müssen sich auch deshalb darauf einstellen, dass Trump in der ersten Hälfte seiner zweiten Amtszeit noch polarisierender und radikaler auftritt.

Außenpolitik wird nach wie vor in erster Linie im Weißen Haus gemacht. Anders als in der Innenpolitik unterliegt der Präsident hier dem System der „Checks and Balances“ nur sehr eingeschränkt und die meisten außenpolitischen Befugnisse im Kongress hat der auch zukünftig von den Republikanern kontrollierte Senat. Trump hat also großen Spielraum und wird Außenpolitik mehr denn

je nutzen, um innenpolitische Ziele zu erreichen. Er wird weiter seinen Kurs des „Making America Great Again“ mit aller Härte und auf Kosten Deutschlands und Europas weiterverfolgen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass Trump die Beziehungen zu Europa – und zu anderen Partnern – nicht mehr als Nullsummenspiel sieht. Ebenso unwahrscheinlich ist, dass Trump von der gezielten Schwächung internationaler Organisationen ablässt. Die amerikanische Außenpolitik wird – innenpolitisch getrieben – weiterhin auf kurzfristige Schritte ausgerichtet sein, die Trump bei seiner Basis als Erfolg darstellen kann. Nach dieser Logik könnte er die Zerschlagung von – einst von den USA massiv unterstützten internationalen Institutionen – als Befreiungsschlag verkaufen.

Die Aufgaben für Deutschland und Europa

Für Deutschland und Europa bedeutet dies: Erstens sollten die transatlantischen Beziehungen weiter nicht nur in Bezug auf das Weiße Haus gedacht und gelebt werden. Das nun demokratisch geführte Repräsentantenhaus bietet neue Anknüpfungspunkte. Dessen Unterausschuss für Europa-Angelegenheiten wird künftig von einem neuen Vorsitzenden geführt, da der pro-russische und EU-kritische Republikaner Dana Rohrabacher seine Wiederwahl knapp verpasst hat. In der neuen Legislatur könnte das Repräsentantenhaus somit wieder eine deutlich aktivere Rolle in der amerikanischen Diskussion über die Beziehungen zu Europa, die Rolle Russlands und den Umgang mit totalitären Regimen im weiteren Sinne spielen. Deutschland und Europa sollten Initiativen ergreifen und gerade die neuen Kongressmitglieder beider Parteien in einen strategischen Dialog einbinden, die ihre erste Amtszeit unter einem Präsidenten beginnen, der das transatlantische Verhältnis in Frage stellt und Europa als Feind bezeichnet hat. Ebenso sollten auch die transatlantischen Beziehungen zu den USA außerhalb von Washington weiter intensiviert werden. Dazu gehört die Zusammenarbeit etwa mit Gouverneuren, den Bürgermeistern großer Metropolen und CEOs im Bereich der Klimaschutzes.

Zweitens sollte die EU gemeinsam mit Großbritannien ihre Bemühungen vorantreiben, im Bereich der Verteidigungs-, Sicherheits- und Außenpolitik stärker gemeinsam aufzutreten. Sie sollte dabei Washington gegenüber weiter deutlich kommunizieren, dass diese Bemühungen sich nicht gegen die USA und die NATO richten. Der Begriff der „Strategischen Autonomie“ wird in den USA

immer wieder fehlinterpretiert und als bewusste Abkehr und Ablösung von den USA dargestellt. Dass sich die USA womöglich mit Verweis auf Europas Autonomiebestrebungen selbst aus dem transatlantischen Verhältnis zurückziehen, ist weiter nicht im Interesse Deutschlands und der EU, wird aber von einigen EU-Regierungen als reelle Gefahr gesehen. Die Stärkung Europas muss daher in einen noch intensiveren transatlantischen Diskurs über die strategische Bedeutung des Verhältnisses eingebettet werden.

Drittens muss sich Europa darauf einstellen, dass es mit strategisch wichtigen Fragen hart konfrontiert wird. Stellt Präsident Trump in den verbleibenden zwei Jahren seiner Amtszeit die Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik noch offensiver in den Dienst einer kurzfristigen, innenpolitisch motivierten Interessenpolitik, müssen sich die EU bzw. einzelne EU-Mitgliedstaaten darauf einstellen, dass sie weiterhin gezielt unter Druck gesetzt werden.

Auch Konflikte der USA mit Drittstaaten können für die Europäer zur strategischen Herausforderung werden.

Eskaliert etwa das Verhältnis zwischen Washington und Beijing, müssen Berlin und seine EU-Partner in diesem Konflikt eine klarere Haltung entwickeln. Die Hoffnung, sich nicht auf die eine oder andere Seite schlagen zu müssen, wird dann nicht mehr haltbar sein, zumal beide Seiten Druck ausüben werden. Ähnlich werden die E3 – Frankreich, Deutschland und Großbritannien – ihre bisherige Reaktion auf Washingtons Aufkündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran (JCPOA) überprüfen müssen, sollten die USA auch hier die Eskalation mit Teheran und den Druck auf die Europäer weiter vorantreiben.

Dr. Daniela Schwarzer ist Direktorin der DGAP.

Dr. Jana Puglierin ist Leiterin des Alfred von Oppenheim-Zentrums für Europäische Zukunftsfragen der DGAP.

Die US-Handelspolitik nach den Midterms: Trump wird weiter Strafzölle erlassen – unterstützt von den Demokraten

Claudia Schmucker

Handelspolitik gehört zu den Politikfeldern, denen US-Präsident Donald Trump seit 2016 mit dem Motto „America First“ einen deutlichen Stempel aufgedrückt hat. Die Zwischenwahlen sind daher auch eine Abstimmung über die Ausrichtung der US-Handelspolitik. Die Demokraten werden sie trotz ihrer Mehrheit im Abgeordnetenhaus künftig jedoch nur bedingt beeinflussen können.

Laut Verfassung hat der Kongress das Recht, den Handel mit ausländischen Nationen zu regulieren. Im Lauf der Zeit hat er jedoch viele Kompetenzen an den Präsidenten abgegeben. Dabei baute die Gewaltenteilung auf der Annahme auf, dass der Präsident den Handel eher liberalisieren will, während der Kongress eher protektionistisch agiert. Der Präsident braucht daher die Zustimmung des Kongresses, um Freihandelsabkommen zu verhandeln, während er bei Strafzöllen weitgehend freie Hand hat.

Die US-Handelspolitik wird sich somit auch in Zukunft kaum ändern. Trump wird weiter Strafzölle verhängen, für die er den Kongress nicht braucht. Bei den Freihandelsabkommen wird es mit den Demokraten leichte Veränderungen in Bezug auf einklagbare Arbeits- und Umweltstandards geben.

Freihandelsabkommen mit neuen „side deals“

Das wichtigste Handelsthema nach den Midterm-Wahlen ist die Ratifizierung des neu verhandelten Freihandelsabkommens mit Kanada und Mexiko (USMCA). Unklar ist, wie sich die erstarkten Demokraten verhalten werden. Sie könnten alle Vorhaben ablehnen, die Trump als Gewinn für sich auslegen kann. Wahrscheinlicher ist aber, dass die Demokraten mit der Regierung zusammenarbeiten, um eigene Schwerpunkte im Abkommen zu setzen. Sie könnten das Weiße Haus unter Druck setzen, „side deals“ zu verhandeln. Dies betrifft besonders strengere und einklagbare Arbeits- und Umweltstandards. Diese Art der parteiübergreifenden Zusammenarbeit wird künftig wahrscheinlich auch für die Abkommen mit der EU, Japan und Großbritannien gelten. Handel ist einer der wenigen Politikbereiche, in denen die Parteien zusammenarbeiten könnten.

Trump wird weiter gegen China vorgehen

Das Hauptziel seiner Handelspolitik richtet sich gegen China. Sektion 301 des Handelsgesetzes von 1974 ermög-

licht es dem Präsidenten, vergeltende Zölle und Quoten einzuführen, wenn ein Land „unfaire“ Handelsmaßnahmen durchführt. Auf Basis dieses Gesetzes hat Trump bereits Strafzölle gegen chinesische Importe in Höhe von 250 Milliarden Dollar erhoben. Zusätzlich hat er angedroht, die Zölle im Januar 2019 weiter zu erhöhen. Die Demokraten dürften seine harte Haltung weiter unterstützen. Trump geht ihnen derzeit nicht einmal weit genug: Chuck Schumer, der demokratische Minderheitsführer im Senat, befürwortete die bisherigen Strafzölle nicht nur; er warnte Trump sogar davor, sich von Präsident Xi Jinping über den Tisch ziehen zu lassen und riet ihm, China als Währungsmanipulator zu bezeichnen.

Neben den Zöllen nach Sektion 301 hat Trump 2018 auch zahlreiche Strafzölle auf Basis der Sektion 232 des Handelsgesetzes von 1962 eingeführt, die Zölle oder Quoten gestattet, wenn die nationale Sicherheit von Importen bedroht ist. Trump nutzte dieses Gesetz, um Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte einzuführen - auch gegen Verbündete der USA wie die EU, Japan, Kanada und Mexiko.

Mehr Strafzölle auf Autoimporte

Trump hat ferner eine Untersuchung eingeleitet, ob Automobilimporte die nationale Sicherheit der USA gefährden. Auch hier drohen Strafzölle in Höhe von 25 Prozent, die auch die EU und insbesondere Deutschland treffen würden. Die Zustimmung des Kongresses ist hierzu ebenfalls nicht nötig. Das Wirtschaftsministerium stimmt die Einführung mit dem Verteidigungsministerium ab.

An der Ausrichtung der amerikanischen Handelspolitik wird sich somit durch das Ergebnis der Midterm-Wahlen wenig ändern. Trump kann sich in seiner aggressiven Handelspolitik gegenüber China der Unterstützung beider Parteien im Kongress sicher sein. Und er wird auch in Zukunft Stahl- und Aluminiumzölle erlassen: Trotz des Widerstandes etwa der heimischen Automobilindustrie ist mit Autozöllen zu rechnen, eingeführt mit Verweis auf die nationale Sicherheit.

Dr. Claudia Schmucker ist Leiterin des Programms Globalisierung und Weltwirtschaft der DGAP.

Trotz Machtwechsel im Abgeordnetenhaus: Zwischenwahlen bringen keine Zeitenwende in der US-Migrationspolitik

Victoria Rietig

Die Ergebnisse der US Zwischenwahlen und die Machtverschiebung im Kongress erschweren Trump von nun an das Regieren. Aber im Bereich der Migrationspolitik wird sich voraussichtlich trotzdem wenig ändern. Drei Trends der US-Migrationspolitik werden fortbestehen.

Immigrationspolitik per Präsidentenerlass

Immigrationspolitik wird zunehmend nicht im Kongress gemacht, sondern im Weißen Haus entschieden und dann von den Gerichten blockiert oder abgesegnet. Trump erlässt seit Amtsantritt regelmäßig präsidientielle Erlässe und Memoranda (Executive Orders und presidential memoranda), die die Migrationspolitik des Landes in neue Richtungen lenken: Weg von priorisierten Abschiebungen hin zu Abschiebungen aller ohne Aufenthaltsstatus im Lande lebender Menschen, der Ausschluss von Menschen aus Ländern mit muslimischen Mehrheiten durch den „Travel Ban“, die Verschärfungen von Visaregeln für Hochqualifizierte. Dieses zunehmende Regieren über Präsidentenerlässe ist nicht neu: Schon Obama verließ sich darauf, z.B. als er 2012 das sog. DACA-Programm einrichtete, das Kindern undokumentierter Einwanderer ermöglichte, temporär geduldet im Land zu leben und zu arbeiten. Diese Machtverschiebung weg von der Legislative hin zur Exekutive und Judikative ist ein langfristiger Trend, den diese Kongresswahlen kaum berühren werden. Zwar haben die Demokraten durch die Mehrheit im Repräsentantenhaus nun die Budgetmacht („power of the purse“) und könnten damit umstrittene Investitionen wie etwa in den Mauerbau zu unterbinden suchen. Andererseits könnte Trump versuchen, bewilligte Budgetlinien umzuwidmen – ein Katz und Maus Spiel.

Immigrationsdebatten jenseits der Wirklichkeit

Die Immigrationsdebatte ignoriert zunehmend Fakten. Die illegale Migration in die USA ist auf einem historischen Tiefstand angelangt. Bereits seit 2015, also schon vor der Präsidentschaft Trumps, schwanken die Zahlen von illegalen Grenzübertritten laut der US Zoll- und Grenzschutzbehörde zwischen 310.000 und 415.000 pro Jahr – das sind viermal so wenig wie um die Jahrtausendwende. Trotz der steigenden Migration mittelamerikanischer Kinder und Familien und trotz der medialen Aufmerksamkeit auf die Karawane von Mittelamerikanern sprechen die Zahlen eine klare Sprache: Die illegale Migration in die USA war seit 1972, also seit Nixons

Präsidentschaft, nicht mehr so niedrig wie heute. Diese Tatsache wird Trump aber auch nach den Zwischenwahlen nicht davon abhalten, die Gefahr durch angeblich ungesteuerte Masseneinwanderung zu betonen und auf kostspielige Abschreckung mit fragwürdiger Effektivität zu setzen, wie das Entsenden von Truppen an die Grenze.

Die Abwertung legaler Migration

Der Wert legaler Migration wird weiterhin in Frage gestellt werden. Dieser fundamentale Wandel der Migrationsdebatte unter Trump ist ein tiefgreifender Bruch mit dem Narrativ der USA als Land von Einwanderern. Trump versucht, die legale Migration einzuschränken, sogar die der vielbeschworenen „best and brightest“, also hochqualifizierter Migranten, indem er die entsprechenden Visakategorien weniger attraktiv und den Antragsprozess noch bürokratischer und langwieriger gemacht hat. Zudem hat seine Rhetorik die Skepsis gegenüber legaler Migration salonfähig gemacht. Das größte Medienecho in den USA und Deutschland erreicht Trump zwar regelmäßig mit seiner ablehnenden Politik gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerbern – das Absenken der Resettlement-Kontingente auf einen historischen Tiefstand von 45.000 in diesem und 30.000 im nächsten Jahr sowie die „zero tolerance policy“ mit den Familientrennungen. Aber diese als inhuman kritisierten Politiken sind eine Fortführung von ablehnenden Tendenzen, die US Migrationspolitiken seit dem 19. Jahrhundert geprägt haben und auch unter dem neuen Kongress weiter prägen werden.

Was braucht die USA, um diese vielen miteinander verwobenen Probleme anzugehen? Seit Jahren sind sich Republikaner und Demokraten bezüglich der Migration fast nur in einem Punkt einig: Das Migrationssystem ist kaputt und muss dringend reformiert werden. Aber die letzten ernsthaften Reformversuche, 2007 unter Goerge W. Bush und 2013 unter Obama, scheiterten unter anderem an der Zerrissenheit des Kongresses. Die Macht, das US Migrationssystem aus seiner bröckelnden Form durch eine umfassende Reform wieder auf solidere Füße zu stellen, liegt einzig beim Kongress. Doch auch diese Zwischenwahl scheint keine Zeitenwende geringerer Polarisierung anzudeuten.

Die Chancen auf eine echte Heilung des kaputten US-Migrationssystems bleiben vorerst gering.

Victoria Rietig ist Senior Fellow Migration der DGAP.

Medienschelte, Diffamierung und verdrehte Wirklichkeit: Trumps Politikstil ist erfolgreich, untergräbt aber die Demokratie

Henning Riecke

Die Zwischenwahlen waren auch ein Referendum über den Stil in der politischen Auseinandersetzung – und für US-Präsident Donald Trump hat sich dieser ausgezahlt. Trump wird seine rabiate Rhetorik nach den Midterm-Wahlen noch verstärken, auch weil die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Kongress neue politische Kämpfe erwarten lassen. Damit riskiert er viel: Es wird deutlich, dass er die demokratischen Institutionen gezielt schädigen will und den eigenen Erfolg über alles stellt. Trump muss entscheiden, ob er seine Wähler durch Konfrontation mit den Demokraten an sich bindet oder durch politische Ergebnisse, für die Kompromisse nötig sind. Sein Naturell spricht für ersteres.

Trumps Rhetorik funktioniert durch die Dämonisierung des politischen Gegners und durch Angstmacherei vor einem wirtschaftlichen Niedergang der USA, den die Demokraten zu verantworten hätten. Im Wahlkampf setzte er zudem auf rassistische Bilder, etwa indem er die Karawane von Migranten in Mexiko als „Invasion“ bezeichnete und Soldaten an die Grenze verlegte. Ein von Trump per Twitter prominent verbreiteter Werbespot der Republikaner, der Flüchtende mit Verbrechern gleichsetzte und den Demokraten unterstellte, diese ins Land geholt zu haben, wurde schnell aus den Netzwerken verbannt – sogar vom konservativen Sender Fox. Er erzielte aber seine Wirkung – und erreichte gerade aufgrund des Ekklats um ihn eine erhöhte Aufmerksamkeit.

Trumps rassistische Rhetorik mag an den normalen konservativen Wähler gerichtet sein, sie entfernt aber auch die Leitplanken für den gewaltbereiten rechten Rand. Die Angst bei Farbigen vor rassistisch motivierter Gewalt wächst. Antisemitische Übergriffe haben zugenommen, nicht zuletzt erkennbar bei dem Anschlag auf die Synagoge in Pittsburgh am 27. Oktober. Radikale sehen Trumps Rhetorik als Unterstützung, auch wenn eine Mitschuld Trumps an solchen Entwicklungen jeweils behutsam bewertet werden muss.

Der Schaden für das politische System

Ein auf Lügen, Diffamierung und Respektlosigkeit aufgebauter Politikstil kann auf verschiedene Weise bleibenden Schaden für das politische System anrichten:

Erstens kann eine sich verschärfende Polarisierung das Zweiparteiensystem handlungsunfähig machen. Parlamentarische Arbeit ist kaum möglich, wenn jeder Kontakt zugleich einen Gesichtsverlust bedeutet.

Es gab widersprüchliche Ankündigungen nach der Wahl: Die Demokratin Nancy Pelosi, voraussichtlich bald „Speaker of the House“, kündigte an, die Kontrolle der Regierung auszubauen, woraufhin Trump den Demokraten mit „Krieg“ drohte. Andererseits wollen beide Seiten bei Gesundheitsreformen wie z.B. Medicare zusammenarbeiten. Trump kann außerdem auf die Unterstützung der Demokraten bei seinen geplanten Infrastrukturmaßnahmen hoffen.

Zweitens tragen Trumps Attacken zum politischen Vertrauensverlust in die Kontrollinstanzen der Macht bei. Sie haben demokratische Institutionen, gewählte Abgeordnete und Senatoren oder die Medien zum Ziel.

In der Aussicht auf republikanische Verluste suggerierte Trump noch zwei Tage vor der Wahl per Twitter und auf Wahlkampfveranstaltungen, dass es Fälle von Wahlbetrug gegeben habe, obwohl es dafür keine Hinweise gab. In seiner konfrontativen Pressekonferenz am Tag nach den Wahlen bezeichnet er die etablierten Medien erneut als „Feinde des Volkes“. Der Präsident betreibt durch die Angriffe auf kritische Medien systematisch die Erosion der vierten Gewalt.

Drittens droht ein Wirklichkeitsverlust, wenn Lüge zur Normalität wird. Von Beginn seiner Amtszeit bis Anfang November registrierte die Washington Post insgesamt 6.420 falsche oder irreführende Aussagen Trumps. Trumps Anhänger glauben seinen ungefilterten Tiraden oder sehen sie als Beweis für seine Authentizität.

Trump wird auch in Zukunft dafür geschickt die direkte Kommunikation mit seiner Basis nutzen. Seine Tweets sind – neben rechtslastigen Medien – für viele die wichtigste Nachrichtenquelle. Die Fähigkeit zur skeptischen Prüfung geht so verloren. Etablierte Leitmedien wie etwa CNN, die Washington Post oder die New York Times sind für viele Republikaner kaum noch glaubwürdig, denn „Trump“ bezeichnet sie regelmäßig als „Feinde des Volkes“.

Viertens dürfte der Stil Trumps Nachahmer finden. In den Zwischenwahlen waren insbesondere die Kandidaten erfolgreich, die sich von Trump unterstützen ließen. Darunter waren z.B. rechtspopulistische Kandidaten wie Gouverneur Brian Kemp in Georgia oder die Trump-Unterstützerin Marsha Blackburn. Auch wenn an anderer Stelle moderate Positionen Erfolg hatten, gibt es wenig Gegenbewegung gegen Trumps populistischen Stil aus der eigenen Partei.

Trumps Politikstil bewirkt somit zwar die Mobilisierung seiner Basis. Neben der Polarisierung der politischen Fronten untergräbt er jedoch auch die Funktionalität des demokratischen Systems an sich und seine Glaubwürdigkeit für die Zukunft. Es wird an Politikern in der zweiten Reihe in Washington und in den USA außerhalb Washingtons liegen, sich aus der Klammer der populistischen Logik zu lösen. Respekt ist die Quelle der Freiheit.

Sie werden die Fähigkeit zur Zusammenarbeit wieder zur Tugend machen müssen, um die US-Demokratie nachhaltig zu sichern.

Dr. Henning Riecke ist Leiter des Programms USA/Transatlantische Beziehungen der DGAP.

